

Abstimmung vom 5.6.2005

## Die Schweiz rückt näher an die EU: Ja zu Schengen und Dublin

**Angenommen: Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und Dublin**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Die Schweiz rückt näher an die EU: Ja zu Schengen und Dublin. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 656–657.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Bereits in den Schlussakten zu den Bilateralen Verträgen I (vgl. Vorlage 464) äussern die Schweiz und die EU die Absicht, schon bald über weitere Bereiche Verhandlungen aufzunehmen. Die Schweiz stimmt der Aufnahme von Gesprächen allerdings nur unter der Bedingung zu, dass das Bankgeheimnis gewahrt bleibt und auch über die von ihr gewünschten Themen Gespräche geführt werden. Bereits 2004 können die Verhandlungen abgeschlossen werden. Mit dem Ergebnis wird das bestehende Vertragsnetz zwischen der Schweiz und der EU auf Bereiche ausgedehnt, die über die rein wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgehen. Dazu gehören neben Vereinbarungen zur Umwelt- und Kulturpolitik vor allem auch die Teilnahme an den zwei Abkommen von Schengen und Dublin. Das erste hebt die systematischen Passkontrollen an den Grenzen zwischen Mitgliedstaaten des Schengener Abkommens auf und verstärkt gleichzeitig die Kontrollen an den Aussengrenzen. Das Dubliner Abkommen sieht vor, dass Asylverfahren nur noch in einem der beteiligten Staaten durchgeführt werden müssen. Dank einer Fingerabdruck-Datenbank sollen Personen, die bereits in einem Mitgliedstaat ein Asylgesuch gestellt haben, rascher identifiziert und zurückgewiesen werden können.

Im Parlament wird das Verhandlungsergebnis insgesamt positiv beurteilt, auf Kritik stossen aber die beiden Abkommen Schengen und Dublin. Nach Ansicht der Ratsrechten bringt ersteres nur Souveränitätsverluste und kaum Vorteile für die Schweiz. Auch bei den Befürwortern kommt hinsichtlich Schengen und Dublin kaum Enthusiasmus auf, dennoch ist die Mehrheit der Ansicht, der Sicherheitsaspekt sei höher zu gewichten als die Nachteile. In der Schlussabstimmung wird das Gesamtpaket aller Abkommen mit 129 zu 60 resp. 36 zu 3 Stimmen angenommen. Gegen die Abkommen Schengen und Dublin ergreift die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) zusammen mit der SVP das Referendum. Die übrigen Abkommen können vom Bundesrat ohne Volksabstimmung ratifiziert werden.

## GEGENSTAND

Mit dem Bundesbeschluss wird der Beitritt der Schweiz zu Schengen und Dublin genehmigt. Dabei werden die systematischen Personenkontrollen an den gemeinsamen Grenzen abgeschafft und gleichzeitig die Kontrollen an der Grenze zu Drittstaaten verschärft. Das Schweizerische Grenzwachtkorps steht weiterhin im Einsatz. Die Schweiz verpflichtet sich zur Teilnahme am europäischen Fahndungssystem SIS. Das Dubliner Abkommen regelt, welches Land für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständig ist. Zweitasyllgesuche müssen nicht mehr behandelt werden. Mittels einer Fingerabdruck-Datenbank sollen Personen, die bereits ein Asylgesuch gestellt haben, identifiziert und in das Erstasylsland zurückgewiesen werden können.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Mit Ausnahme der SVP sprechen sich alle grösseren Parteien und Verbände für den Beitritt zu Schengen und Dublin aus. Neben der SVP beschliessen PdA, PSA, SD, EDU, FPS und Lega die Neinparole. Ihrer Meinung

nach bedeutet Schengen nicht nur «freie Bahn für Kriminelle» (Abstimmungsbüchlein), sondern auch einen inakzeptablen Souveränitätsverlust für die Schweiz und den schrittweisen Beitritt zur EU. Das «Komitee für ein freiheitliches Waffenrecht» argumentiert ausserdem, durch die Einführung eines obligatorischen Waffenerwerbsscheins werde das «jahrhundertealte Recht des verantwortungsbewussten Waffenbesitzes» aus der Hand gegeben.

Genau umgekehrt argumentieren die Befürworter die beiden Abkommen: In ihren Augen bieten Schengen und Dublin wirkungsvolle Instrumente im Kampf gegen die internationale Kriminalität und den Asylmissbrauch und gewährleisten zudem die flüssige Abwicklung des Grenzverkehrs, was insbesondere für die Wirtschaft und den Tourismus grosse Vorteile bringe. Die direkte Demokratie werde keineswegs infrage gestellt. Zu Kritik Anlass gibt das Verhalten von SVP-Bundesrat Christoph Blocher, der sich zwar im Sinne des Kollegialitätsprinzips öffentlich für die Verträge ausspricht, jedoch bei Auftritten unter Gleichgesinnten keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung macht.

## ERGEBNIS

Bei einer Beteiligung von 56,8% wird die Teilnahme der Schweiz an den Abkommen von Schengen und Dublin mit 54,6% Jastimmen angenommen. Der europapolitische Graben zwischen der Romandie und der Deutschschweiz zeigt sich erneut, ist jedoch deutlich weniger tief als bei der historischen Abstimmung über den Beitritt zum EWR (vgl. Vorlage 388): Die mehrheitlich französischsprachigen Kantone sowie die beiden Basel, Solothurn und Bern stimmen den Abkommen zu, die Zentral- und die Ostschweiz ausser Zürich und Zug lehnen sie ab, ebenso das Tessin.

Laut der Vox-Analyse stimmten die Parolen der Parteien und das Stimmverhalten ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten recht gut überein. Als wichtigste Begründungen für ihr Ja gaben die Befürwortenden den Wunsch einer Öffnung der Schweiz gegenüber und einer Zusammenarbeit mit Europa an. Die Gegnerinnen und Gegner begründeten ihren Entscheid einerseits mit der Furcht vor einem EU-Beitritt durch die Hintertür, andererseits mit Befürchtungen von mehr Immigration, Kriminalität und weniger Sicherheit.

## QUELLEN

BBI 2004 5965; BBI 2004 7149. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2000: Aussenpolitik – Europapolitik – EU. Vox Nr. 87.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).